

**Informationen des EuroStrat AG Security Task Force Teams
zu aktuellen Gefahren und Chancen in Krisenregionen**

Juli 2004

Gefahren und Chancen im Irak.....	2
Gefahren und Chancen in Afghanistan.....	3
Gefahren und Chancen in Saudiarabien.....	4
Gefahren und Chancen auf dem Gebiet der ehemaligen SOWJETUNION.....	5
Tschetschenien und Inguschetien.....	5
Georgien.....	5
AFRIKA – zwischen Profit für Insider und Hoffnungslosigkeit	6
Sudan.....	6
Demokratische Republik Kongo.....	6
Nigeria.....	7
Namibia.....	8
Algerien.....	8
Reisen nach Nepal - Sicherheitshinweis	9
Israel – heute und morgen	9
Weitere Sicherheitshinweise.....	9
Kolumbien.....	9
Die olympischen Spiele in Athen.....	10

Gefahren und Chancen im Irak

Im **Irak** sind nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Übergangsregierung die Kämpfe zwischen den in [Koalition](#) mit den US Truppen agierenden Kontingenten verschiedenster Staaten und den schiitischen Kämpfern abgeflaut.

Für Sicherheitsfirmen gilt: die Gefahr von Anschlägen und Geiselnahmen ist aufgrund grundsätzlicher ethnischer Problematiken und jenen Unsicherheiten, die mit der noch nicht hergestellten Stabilität im Lande zu tun haben, keineswegs verringert.

Der politische Erfolg der Anschläge von Madrid

Der politische Erfolg der Anschläge von Madrid, in deren Folge die spanischen Kontingente aus dem Irak-Einsatz abgezogen wurden, und die Erwartung westlicher Empfindsamkeit gegenüber der Ermordung von Geiseln haben dem System der Geiselnahme und des Versuchs der politisch-strategischen Erpressung der betroffenen Staaten einen gewissen Auftrieb verliehen. Dieser wird möglicherweise durch die Erfüllung der Forderung von Geiselnehmern einer philippinischen Geisel nach dem Abzuges des philippinischen Kontingents am 19. Juli 2004 noch weiter verstärkt.

Gefährdungen bestehen vorrangig nach wie vor in und um die Städte Fallujah, Ramadi, Kerbala, Kufa, Najaf, Nasiriyah, Amarah und Kut; sowie im Norden in Mossul. Dazu kommen die teilweise aus den Medien bekannten Vorkommnisse und die daraus erfließenden Risiken in der Hauptstadt Bagdad in unmittelbarer Nähe amerikanischer oder internationaler Hauptquartiere, im Umfeld von Polizei- und Militärstationen und bei Einrichtungen der nunmehrigen irakischen Administration; dies gilt auch für den Nord- und Nordwestteil der Stadt und für die Zufahrten zum internationalen Flughafen.

Angriffe auf dort gestartete Flugzeuge mit Einmann-Fliegerabwehrwaffen zeigen, wenn auch bis dato kein schwerwiegender Personen- und Materialschaden erfolgt ist,

dass vor allem der zivile touristische Flugverkehr sich nicht ohne Absicherung durch die spezifische Expertise einer Sicherheitsfirma bewegen sollte. Das Risiko wird durch die Tatsache erhärtet, dass eine große Anzahl obgenannter Waffen als im „Untergrund“ verschwunden gilt; anders gesagt, wird das Material in den Arsenalen der radikalen Terrorgruppierungen vermutet.

Einrichtungen der Erdölförderung bzw des Erdölvertriebs sind beliebte Ziele für potentielle Anschläge sowohl der Al-Kaida als auch anderer terroristischer Gruppierungen. So wurde seit Mitte Juni die Pipeline nach Süden zu den Verladestationen um Basra mehrmals gesprengt und die nach Norden zum türkischen Hafen Ceyban führende Pipeline unterbrochen.

Standort Irak: Fakten zur Auswirkung der politischen Situation auf die Erdölförderung

Hatte der Irak im Jahr 2002 durchschnittlich 3,3 Mill Fass/Tag gefördert, so ist derzeit die Förderung auf 1,7 Mill Fass/Tag abgesunken und der Export war in der zweiten Junihälfte unterbrochen. Als Förderziel wurde zwar die Anhebung auf 2 Mill Fass/Tag angekündigt, aber die wiederholten Störungen haben diese Bemühungen bisher entwertet.

Gefahren und Chancen in Afghanistan

Die Regierung **Karsai**'s kontrolliert nach wie vor nur die Hauptstadt Kabul und die unmittelbar angrenzende Region; in den übrigen Provinzen des Landes dominieren regionale Stammesführer und Repräsentanten, die aus verschiedenen Nachbarländern Unterstützung erhalten oder aus dem Drogenhandel ihre finanzielle Basis stärken. Die Präsenz der nationalafghanischen Streitkräfte in diesen Provinzen ist gering und weist vielfach nur symbolischen Charakter auf. Dennoch besteht in den einzelnen Herrschaftsbereichen dieser „Warlords“ – abgesehen von den Aktivitäten der Taliban-Kräfte - eine gewisse Stabilität, sofern es zu keiner Störung der Interessen der Betroffenen oder zu Versuchen der Einschränkung ihrer Machtbereiche kommt.

Vor einer Aufnahme von wirtschaftlichen Aktivitäten mit oder in Afghanistan ist daher die Inanspruchnahme eines Sicherheitsconsultings zur Zielregion und zu den spezifischen Gegebenheiten unbedingt erforderlich. Im allgemeinen besteht Informationsbedarf zur mikrogeografischen Situation des Kundeninteresses, um eine Analyse zur Beurteilung wirtschaftlichen Engagements in dieser

Krisenregionen anzugehen. Ein Teilbereich der Informationsaufbereitung wäre die Fragenbeantwortung anhand einer Checkliste. Ein Beispiel dazu findet sich unter [Check](#) auf dieser Webseite.

Die Sicherheitslage zeigt sich durch verstärkte Aktivitäten der **Taliban** gekennzeichnet, deren Anschläge, Überfälle usw. das Ziel verfolgen, die vorgesehenen Wahlen im Lande zu verhindern oder zumindest nachhaltig zu erschweren. Am 09. Juli 2004 erbrachten diese terroristischen Versuche der Einschüchterung der Bevölkerung letztlich doch ein – nicht unerhebliches – Teilergebnis: Während der 09. Oktober 2004 als Termin für die Präsidentschaftswahlen festgelegt wurde, sind die allgemeinen Parlamentswahlen um ein halbes Jahr auf April 2005 aufgeschoben worden.

Die Taliban hatten nicht nur mit Anschlägen gezielt die Wahlvorbereitung zu stören versucht sondern sie haben auch intensivere Störmanöver vor den Wahlen angekündigt. Es steht jedenfalls fest, dass die Niederlage der Taliban im späten Herbst 2001 und die darauf folgenden Offensiven unter Führung von US-Truppen gegen die Basisregion der Taliban, wie auch jene in der Provinz Urusgan, der Heimat des Talibanführers **Mullah Omar**, in der zweiten Juni Hälfte 2004 noch nicht zur Zerschlagung dieser radikalislamischen Kräfte geführt haben.

Gefahren und Chancen in Saudiarabien

Auch in **Saudiarabien** ist die Sicherheit für Ausländer nicht gewährleistet. Vor allem in und um Zentren und Einrichtungen ausländischer Firmen(gruppen) bzw Botschaften und exklusiven Wohnsiedlungen in der Hauptstadt Riad sowie der größeren Städten am Roten Meer ist ein Mindestrisiko vorhanden. Daher sind für diese Zielgruppe Leistungen im Bereich Personen- und Objektschutz erforderlich.

[Zur Sicherung von Ressourcen dieser und anderer Natur.](#)

Die [Vielschichtigkeit](#) der inneren Konflikte in Saudiarabien zwingt zu einem entsprechenden Maß an Vorsicht und Vorbehalten, wobei in dem an sich durch seine Erdölvorkommen reichen Land eine zunehmende Differenzierung zwischen Reichen und Armen eintritt und bei steigender Arbeitslosigkeit erhebliche soziale und damit

politisch-religiöse Spannungen auftreten. Anschläge und Entführungen zielen auch auf Erpressungen des regierenden Königshauses oder dessen Destabilisierung ab und werden zwar von den saudischen Sicherheitskräften mit Nachdruck bekämpft, sind aber weiterhin als Gefährdung einzustufen.

Ein „letztes“ Gnadenangebot des saudiarabischen Kronprinzen Abdullah an die islamistischen Terroristen wurde vom neuen Führer der Al-Kaida in Saudiarabien, Saleh el-Aufi, in einer im Internet verbreiteten Botschaft umgehend zurückgewiesen. Das Ziel der Vertreibung der „Ungläubigen“ von der arabischen Halbinsel werde weiterhin verfolgt werden.

Gefahren und Chancen auf dem Gebiet der ehemaligen SOWJETUNION

Tschetschenien und Inguschetien

In **Tschetschenien** und im südwestlich anschließenden **Inguschetien** hat es in der zweiten Hälfte Juni und Anfang Juli 2004 erneut Kämpfe zwischen Rebellen und russischen Truppen, Grenzposten und Sicherheitskräften gegeben. Der Überfall auf das Innenministerium in Nasran zeigt die Handlungsfreiheit der Rebellengruppen aus Tschetschenien, hatten sich doch rund 200 Kämpfer aus dieser Region und Nordossetien unbemerkt annähern können.

Die Probleme für die russischen Streitkräfte und die politische Führung im Gebiet der gesamten nordkaukasischen Region sind damit wiederum intensiviert und es zeigt sich, dass keine Stabilität erzielt wird.

Georgien

Es ist **Georgien** gelungen, die vorwiegend islamische Region **Adscharien** mit der Hauptstadt Batumi gewaltlos in den georgischen Staatsverband zurückzugewinnen. Batumi hat besondere Bedeutung als Endpunkt der geplanten transkaukasischen Pipeline.

Ungelöst sind hingegen nach wie vor die Probleme **Georgiens** mit den beiden sich unabhängig betrachtenden Regionen **Abchasien** (im Nordwesten Georgiens am Schwarzen Meer mit der Hauptstadt Suchumi) und **Südossetien** im Kaukasusbereich angrenzend an Tschetschenien.

AFRIKA – zwischen Profit für Insider und Hoffnungslosigkeit

Sudan

Im **Sudan** ist trotz des Waffenstillstandes zwischen der Regierung in Khartoum und den Rebellengruppen in den Erdölgebieten des südlichen Sudans in diesen Regionen keine wirkliche Stabilität geschaffen. Die Konflikte haben sich „sanfter“ gestaltet, sind aber (noch) nicht wirklich gelöst.

Anfang Juli hat sich die Regierung des Sudan bereit erklärt, die Gräueltaten der berittenen arabischen Milizelemente der „Janjawid“ in der westlichen Provinz **Darfur** zu unterbinden und Truppen zu deren Entwaffnung einzusetzen. Außerdem wurde ein Abkommen mit der UNO unterzeichnet, wonach die Regierung alle Hindernisse beseitigen werde, die bisher einem entsprechenden Wirksamwerden der internationalen Hilfe für die rund 1,2 Millionen Vertriebenen in der Region Darfur entgegengestanden sind. Mehr als 120.000 Flüchtlinge befinden sich in Lagern in der an Darfur angrenzenden Region des Tschad. Mehr als 30.000 Menschen wurden bisher bei dem Konflikt getötet und rasche Hilfeleistung ist zur Abwendung einer Hungerkatastrophe im Darfur von Nöten.

Gab es im Darfur seit Jahren Konflikte zwischen ackerbauenden schwarzafrikanischen Bauern und arabischen Hirten, verbunden mit Angriffen von Rebellengruppen auf sudanesischen Regierungstruppen und deren Positionen, so haben die Erdölfunde im südlichen Darfur und der anschließenden Region West-Kordofan eine neue Dimension in die Auseinandersetzung eingebracht. Die Reserven in diesen Feldern werden mit rund 900 Millionen Fass geschätzt. Die Konzessionen in diesem Teil des Sudan werden von der „China National Petroleum Corporation“ (CNPC) gehalten, die auch die rund 700 km lange Pipeline gebaut hat, an die nach Bedarf auch die Förderung im Süddarfur angeschlossen werden kann.

Demokratische Republik Kongo

In der **Demokratischen Republik Kongo** wurde die Provinzhauptstadt **Bukavu** nahe der Grenze zu **Ruanda** handstreichartig von zwei Rebellverbänden in Besitz genommen, die man eigentlich schon zerschlagen gemeldet hatte. Die örtlich eingesetzten UN-Kräfte beobachteten die Lageentwicklung, griffen jedoch nicht in die Abläufe ein.

Damit ist eine Entwicklung wie im Kongo-Krieg zwischen 1998 und 2002 nicht ausgeschlossen, in den ja Truppen mehrerer Nachbarländer verwickelt wurden. Die Rebellenführer Laurent Nkunda (er verfügt über 2000 bis 4000 Kämpfer) und Jules Mutebusi (mit 500 bis 800 Kämpfern) haben direkte Verbindungen nach Ruanda (wo Nkunda an der Revolte gegen das Hutu-Regime zwischen 1990 und 1994 beteiligt war) und werden von dort her entsprechend unterstützt. Obwohl die genaue Ausdehnung des von Rebellen gehaltenen Gebietes im Ostkongo nicht bekannt ist, haben diese Kräfte nunmehr Zugriff auf die erheblichen Ressourcen und Rohstoffe des Raumes. Nicht von ungefähr hat sich der Export von Coltan aus Ruanda wesentlich erhöht (bis zum 8fachen). Der Verkauf von Coltan, einem bedeutenden Rohstoff für Bestandteile von beispielsweise Mobiltelefonen oder Laptops, ermöglicht lokalen Milizführern (vor allem Rebellen des RCD - "Rassemblement Congolais pour la Démocratie" - "Kongolesische Sammlung für Demokratie") die Bezahlung von Soldaten und den Kauf von Waffen. Profiteure dieser Rohstoffplünderungen waren – wie die UN herausfand – durchaus auch eine Vielzahl an westlichen Firmen.

Die Lage ist jedenfalls ungewiß und weder die Regierungstruppen Kabilas noch die UN-Truppen kontrollieren die Lage wirklich. Der Außenminister Belgiens, Louis Michel, der eine Vermittlungsrolle im Ostkongo übernommen hat, hat jedenfalls die Entsendung einer EU-Eingreifgruppe als Möglichkeit angesprochen.

Nigeria

In **Nigeria** sind nach wie vor latente Spannungen ethnischer und religiöser Art vorhanden, die immer wieder lokal zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen und Nigeria insgesamt als einen der potentiellen Krisenherde in Afrika einstufen lassen.

In diesem Zusammenhang erscheint es weiterhin von Interesse, dass die USA nunmehr **USEUCOM** (das ja auch für Afrika mit Ausnahme der von der Operation „Enduring Freedom“ erfaßten Staaten im Nordosten des Kontinentesführungsmäßig zugeordnet ist) beauftragt haben, in verstärktem Ausmaß mit den afrikanischen Regionalorganisationen hinsichtlich der Aufstellung von letztlich 5 multinationalen Brigaden für Peace Support Operations intensiv zusammenzuarbeiten. Diese mit jeweils rund 3000 Man vorgesehenen Brigaden sollen zusammen eine „African

Standby Force“ (ASF) bilden, deren Hauptquartier in Addis Abeba, der Hauptstadt Äthiopiens, eingerichtet wird.

Namibia

In **Namibia** gibt es Anzeichen für eine Destabilisierung. Die Regierung hat einen Großteil der rund 4000 europäischen Siedler und Farmer in dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika aufgefordert, Preisforderungen für den Verkauf der Farmen im Zusammenhang mit dem umfassenden Landreformprogramm vorzulegen. Dies wird von den weißen Grundbesitzern als erster Schritt einer zwangsweisen Enteignung gewertet. Nachdem das seit 1998 laufende Reformprogramm bisher nur die Übertragung von 130 großen Farmen an rund 40.000 Kleinsiedler erbracht hat, wird eine radikalere Vorgangsweise – etwa im Stile Simbabwe unter Präsident Robert Mugabe mit gewaltsamen Maßnahmen von regionalen „Banden“ – nicht ausgeschlossen.

In einem derartigen Fall sind erhebliche Rückwirkungen auf die Stabilität des Landes und dessen wirtschaftliche Entwicklung zu erwarten.

Algerien

In **Algerien** wurde in einer gezielten Aktion der Sicherheitskräfte im Berbergebiet von Bejgia (ca 260 km ostwärts der Hauptstadt Algier) der Emir der radikal-islamischen GSPC Nabil Sahraoui getötet. Diese „Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf“ hatte im Frühjahr 2004 allen Ausländern in Algerien und deren Interessen im Lande den Krieg erklärt. Diese Gruppierung hat – nicht nur im Jahr 2003 die europäischen Geiseln in der südlichen Sahara festgenommen und war mit ihnen nach Mali ausgewichen – ein entsprechendes Netzwerk von Kämpfern in Teilen des Landes aufgebaut.

Allerdings war der Führer der GSPC mit einem Teil der Kämpfer im Südosten Algeriens in harte Kämpfe mit Regierungstruppen verwickelt worden. Teile dieser Gruppierung waren getötet worden, die nach Süden in den Tschad ausgewichenen Kämpfer mit dem Führer der Bewegung sind von Rebellen im Tschad gefangengenommen worden und das weitere Schicksal ist – bis jetzt – nicht bekannt.

Reisen nach Nepal - Sicherheitshinweis

Eine Gefährdung von Touristen kann deshalb nicht ausgeschlossen werden, da im Königreich **Nepal** die maoistischen Rebellen erneut aktiv geworden sind und sich auch im Umfeld der Hauptstadt **Kathmandu** bewegen. Diese Gruppierung hat einen [historisch interessanten Hintergrund](#) – diese Information mit der Maßgabe, dass die Wirksamkeit dieser Gruppierungen und die Unterstützung in Teilen der Bevölkerung Touristen nicht unbedingt betreffen muss.

Israel – heute und morgen

Für Informationen zu diesem Themenkomplex interagieren Sie mit dem EuroStrat AG Security Task Force Team und dem Teamleader, General Horst Pleiner, via [Helpdesk](#).

Weitere Sicherheitshinweise

Kolumbien

In **Kolumbien** zeichnet sich eine erneute Eskalation und Destabilisierung ab. Nach der erfolgreichen Zerschlagung der Medellin- und Cali-Kartelle durch die Regierungskräfte mit Hilfe intensiver US-Unterstützung, scheinen nunmehr die Elemente der bislang regierungsnahen paramilitärischen Bewegung(en) den Drogenanbau und –vertrieb in ihre Hand zu nehmen.

Im Gefolge dieser Entwicklung kommt es zu Machtkämpfen und Durchsetzungsstrategien in einigen Regionen, vor allem im Norden Kolumbiens. Dabei wurden Gehöfte und Dörfer zerstört und Bauern ermordet, die offenbar nicht gewillt waren mit den neuen Machthabern und Organisatoren der Drogenherstellung (ausreichend) zusammenzuarbeiten.

Die olympischen Spiele in Athen

Schließlich stellen die bevorstehenden Olympischen Spiele in **Athen** nach wie vor einen kritischen Faktor für die Sicherheitslage in Griechenland dar. Von offizieller Seite wird bereits jetzt ein verstärktes Sicherheitskonzept umgesetzt und für die eigentliche Zeit der Spiele wird ein Höchstaufwand an Sicherheitskräften und Überwachungstechnologie eingebracht werden.

Dennoch bestehen Befürchtungen, dass die Olympischen Spiele eine Herausforderung für extremistische Terrorgruppen aus dem Netzwerk der Al-Kaida darstellen können, aber auch für innergriechische extremistische Gruppierungen.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie das EuroStrat AG STF Team via [Helpdesk](#) oder direkt via e-mail an die Adresse office@eurostrat-ag.com.